

Sohrauer Stadtblatt.

Nützliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Angehörigkeits-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheint
täglich einmal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk. am Ort 4,00 Mk.,
bei allen Postanstalten 4,50 Mk.

Druck und Verlag:
V. Hunsold'sche Buchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Anzeigen-Preis:
für die einspaltige Zeile über dem Raum 75 Pf.
Inseratumsnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Veröffentlichungstage.

Nr. 34.

Samstag Nr. 49.

Mittwoch, den 27. April 1921.

Postfachkonto
Breslau 186 61

48. Jahrg.

Rundschau.

Ein weiteres Ersuchen an Harding.

Berlin, 23. April. Gleichzeitig mit der offiziellen Note der Reichsregierung an Amerika ist ein weiteres Ersuchen der Reichsregierung nach Washington abgegangen, bei dem die Amerikaner auf Einstellung der zum 1. Mai angekündigten neuen Besetzung deutscher Gebiete für den Fall hinzuwirken, daß Präsident Harding die angebotene deutsche Vermittlung annimmt.

Berlin, 23. April. Aus Washington wird gemeldet: Präsident Harding hat seine Reise nach Philadelphia abgesagt, weil er die deutschen Vorschläge erwartet.

Frankreich besteht auf seiner Goldforderung.

Paris, 23. April. Die Wiederherstellungskommission trat heute zusammen und prüfte die Note der deutschen Regierung wegen der Auslieferung des Goldes.

Paris, 23. April. Französische Blätter melden: Die Verbündeten haben beschlossen, bevor sie weitere Vorschläge der deutschen Regierung in Erwägung ziehen, zunächst darauf zu bestehen, daß die erste Milliarde Goldmark nach Koblenz transportiert wird und alle Anstalten getroffen werden, um die restlichen 11 Milliarden bis zum 1. Mai abzuliefern. Mit einer Unterbrechung würden die Alliierten sich sehr nicht mehr begnügen. Die Aushebung der Zwangsmaßnahmen, die bestimmt eintreten würde, werde erst erfolgen, nachdem man bestimmte Garantien von Deutschland erhalten habe.

226 Milliarden Goldmark in 42 Jahren.

Berlin, 25. April. Über die Vorschläge der deutschen Regierung an Amerika wird gemeldet, daß die in einem Angebot festgesetzte Summe 50 Milliarden Goldmark betragen soll. Die 50 Milliarden Goldmark werden, wenn sie auf Jahresraten von 42 Jahren verteilt werden, 226 Milliarden Goldmark ergeben. Für die Bezahlung der ersten größeren Zahlungen wird eine Anleihe in Vorschlag gebracht. Zum Schluß wird eine Stellungnahme in der Zahlungsfolge in Vorschlag gebracht, die auf einer besonderen Bemessung der deutschen Produktion beruhen soll. In dritter Stelle wird vorgeschlagen, daß die deutsche Regierung entweder die Schulden der Alliierten bei den Vereinigten Staaten übernimmt oder sich zur Tilgung derselben in irgend einer Weise verpflichtet.

Die Wiltelerfernung der Tropfsteinen.

Wie aus Paris gemeldet wird, befinden sich 10 Güterzüge auf dem Wege nach Paris, in denen sich Tropfsteinen, Kanonen usw. Ludwigs XIV. und Bonapartes befinden, die Deutschland im Jahre 1870 aus Frankreich eingeführt hatte.

Die deutsche Note in Amerika eingetroffen.

Newyork, 25. April. Eine amtliche Meldung aus Washington besagt: Man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter der Teilnahme Amerikas gestatten werden.

Berlin, 25. April. Die Note, die die neuen deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage enthält, ist gestern in der 10. Abendstunde dem Vertreter des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin übergeben und inzwischen, wie aus Washington gemeldet wird, dort eingetroffen. Bei der Übergabe der Note hat die amerikanische Mission hier den Wunsch der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß eine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge in Berlin nicht eher

erfolgen solle, bis ein Einverständnis über deren Publikation zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung herbeigeführt worden sei.

Englands Opposition gegen die Besetzung.

Paris, 25. April. Die Besprechungen in Syrie wurden gestern vormittags 10.30 Uhr fortgesetzt. Beldan legte ein Memorandum über die in Paris beschlossenen Vorschläge zur Besetzung des Ruhrgebiets vor, zu dem Lord George äußerte, er verleihe den Pariser Standpunkt, daß Deutschland zahlen müsse, man müsse andererseits aber nicht nur die wirtschaftliche Schwäche der deutschen Regierung in Betracht ziehen, sondern auch mit denjenigen Elementen in den alliierten Ländern rechnen, die gegen die Zwangsbesetzung des Ruhrgebiets seien. In England sei die Opposition gegen diese Besetzung sehr groß. Auch würden allzu strenge Maßnahmen die Dispositionen Amerikas föhren.

Rassensindgebungen in Innsbruck.

Innsbruck, 23. April. Heute früh trafen die ersten auswärtigen Abstimmberechtigten mit dem Wiener Schnellzug hier ein, dessen Lokomotive mit Tannengrün und Föhnchen geschmückt war, zwischen denen Plakate hingen mit Aufschriften: Nieder mit den Grenzpfählen gegen Deutschland! Her aus mit dem Anschluß! Auf dem festlich geschmückten Bahnhof wurden die ankommenden Landesländer von dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Stumpf, begrüßt; auch der Landeshauptmann war zum Empfang erschienen. Um zehn Uhr schloßen die Gespräche; ganz Innsbruck strömte auf dem Ploze vor dem Stadttheater zusammen; Vereine und Körperschaften zogen mit ihren Fahnen auf: Die Riesenlandung wurde durch Chorgesang eingeleitet. Von der Tiroler Volkspartei sprachen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Stumpf, Landesrat Dr. Stedle, von der Großdeutschen Volkspartei Dr. Frank und Dr. Eschauer. Durch alle Reihen klang es: Wir wollen uns das Recht der freien Meinungsäußerung nicht rauben lassen. Den Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden. Der Tag muß kommen, der alle Deutschen vereint. Auf festem Grunde ein freies Volk, bleiben wir hart und unbeugsam, wir sind ja Deutsche und werden es immer bleiben. Wir wollen geloben, nicht eher zu ruhen und werden nicht ruhen, bis unser Ziel erreicht ist: Tirol als Glied des Deutschen Reiches. Die Riesenmenge ergab die Hände zum Schwur, die Häupter entblößten sich, „Deutschland, Deutschland über alles“ erklang. Der schwedische Oberst Peterson trat für das Zusammenhalten aller Germanen ein. Von den Sozialdemokraten sprachen Abram und Rapoldt vom Stadtfaal aus. Die überaus eindrucksvolle Kundgebung schloß mit dem Andreas-Hofer-Lied. Ein unabsehbarer Zug bewegte sich durch die Stadt. Nachmittags wird ein neuer Zustrom von auswärtigen Stimmberechtigten erwartet; in der ganzen Stadt herrscht frohbewegtes Leben.

Tirol für Deutschland.

Innsbruck, 25. April. Große und Grosse beteiligten sich an der Abstimmung und wurden in Krankenwagen an die Wahlurne gebracht. Da auch die Klosterfrauen verlangten, an der Abstimmung teilnehmen zu dürfen, wurde wegen der Klausurbestimmungen in den Klöstern selbst abgestimmt. In Innsbruck lauteten 32954 Stimmen Ja, 472 Nein; von den Auswärtigen stimmten 2139 Ja, 5 Nein.

Das Gesamtergebnis wird erst heute Mittag festgestellt sein, dürfte aber 98—99 Prozent

für den Anschluß ergeben.

Berlin, 25. April. Aus Innsbruck wird gemeldet: Bis 2 Uhr früh waren gezählt 98723 Stimmen, davon lauteten 95989 für den Anschluß an Deutschland und nur 2433 dagegen, 301 Stimmen waren ungültig. Es stehen noch vier Bezirke aus.

Die Landesregierung wird sofort den Antrag stellen, Volksabstimmungen in ganz Österreich zu veranstalten.

Der deutsche Reichstag an die Tiroler.

Berlin, 25. April. Der Reichstagspräsident Lübe richtete an die Landesversammlung Innsbruck folgende Depesche:

Erfreut und begeistert über die geistige Volksabstimmung sendet der deutsche Reichstag der Landesversammlung in Tirol herzliche Grüße und die Versicherung des herzlichsten Gemeinschaftsgefühls. Der Gedanke der völligen Gemeinschaft findet in unseren Herzen lebhaften Widerhall.

Oberschlesien.

Ein neuer Plan bezüglich Oberschlesiens.

Berlin, 23. April. „Petit Journal“ meldet, daß zur bevorstehenden Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien ein weiterer Antrag eingegangen ist, in Oberschlesien eine Ubergangszeit zu schaffen und vorläufig das Land zu neutralisieren, bis die Alliierten den Übergang in andere Staatsgebiete ausgesprochen haben.

Vertrauensvotum

für die preussische Regierung.

Berlin, 23. April. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die preussische Regierung — Antrag Dr. Forst (Zentr.) und Decker (Dem.) — hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben 346 Stimmen, davon mit „Ja“ 216, mit „Nein“ 130. Der Antrag ist damit angenommen. Das Ergebnis wurde mit lebhaften, anhaltenden Beifallrufen von der Mehrheit und mit großem Lärm, Pfifffern und Zischen auf der Linken des Hauses aufgenommen.

Was Korfanty über Oberschlesien weiß.

Paris, 23. April. Korfanty erklärte einem in Warschau weilenden Mitarbeiter der Chicago Tribune, die Alliiertenkommission in Oppeln werde ihren Bericht für den Vorschlag erst nicht vor Ende April fertiggestellt haben. Außerdem wisse man noch nicht, ob die Kommission einen einheitlichen Bericht erstatten oder zwei oder drei getrennte Berichte vorlegen werde. Der General de Rond sei für die Grenzlinie, die mit der von Korfanty vorgeschlagenen Linie zusammenfalle und für Polen das gesamte Industrie- und landwirtschaftliche Gebiet östlich der Oder, einschließlich einer Linie, die sich nordwestlich unterhalb Oppeln und Rosenberg hinzieht, umfasse. Der britische Kommissar werde jedoch wahrscheinlich die Linie vorschlagen, nach der Polen nur die Bezirke von Pless und Rybnik mit einem schmalen Streifen des Industriegebietes an der polnischen Grenze erhalten soll.

Italien und die obereschlesische Frage.

Lugano, 23. April. Wie Secolo mitteilt, ist in Rom eine polnische Parlamentarische Kommission aus Warschau eingetroffen, der sich auch einige Vertreter von Oberschlesien angeschlossen haben. Laut Secolo urteilt man in polnischen Kreisen in Rom, daß Italien gegenüber dem ernstesten Problem nicht länger in Teilnahmslosigkeit verharren könne. Die beste Lösung gilt die von England vorgeschlagene, wonach Oberschlesien zum größten Teil Deutschland zugesprochen werden soll und Polen nur soviel von den Grubenbezirken zugesprochen

werden soll, als es für seinen innern Bedarf braucht.

Die empfohlene Teilung Oberschlesiens.

London, 22. April. Der Berichterstatter der „Times“ in Warschau erzählt, daß die Interalliierte Kommission in der schlesischen Frage die Annahme einer Lösung anempfiehlt, die Polen die Hälfte zuteilt, in denen die Polen eine beträchtliche Mehrheit erzielt haben, nämlich Pless, Rybnik und Tarnowitz mit einer Anzahl kleinerer Gemeinden. Die hauptsächlichsten Städte aber, die eine deutsche Mehrheit aufweisen, sollen deutsch bleiben. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Empfehlung der Kommission jedoch nicht die endgültige Entscheidung der Alliierten darstelle.

Die Meldung kommt aus Warschau, wo der Wunsch der Polen des Gebiets ist.

Karlsruhe, 22. April. Die „Neue Straßburger Zeitung“ meldet aus Paris, daß die Entscheidung über Oberschlesien nur unter Hinzuziehung Amerikas erfolge.

Hamburg für Oberschlesien.

Ein besonderes Interesse für das Schicksal Oberschlesiens zeigt der Freistaat Hamburg. Dort wurden in kurzer Zeit 64 500 M. aufgebracht und der Kreisgruppe Rattowitz des Verbandes heimattreuer Oberschlesier überwiesen. In einem Schreiben des Staatsrats vom 14. April heißt es u. a.:

„Ich brauche nicht hervorzuheben, wie stark die Hamburgische Anteilnahme an dem Schicksal Oberschlesiens ist. In der Hoffnung, daß sich der Schleswig-Holsteinische Spruch „Urwig angeheert“ auch bei Oberschlesien bewahrheiten möge, verbleibe ich...“

Die obereschlesische Sportwelt für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

Gleiwitz, 22. April. Auf einer kürzlich hier abgehaltenen Jahresversammlung des Oberschlesischen Spiel- und Eislauferverbandes wurde eine Entschiedenheit gefaßt, durch die im Namen von 622 Spiel-, Sport- und Eislaufervereinen mit 37 800 Mitgliedern Einspruch gegen jeden Versuch einer Aufteilung Oberschlesiens erhoben wurde. Die obereschlesische Sportwelt ist mit der Staatsregierung einig in dem Bestreben, auf Grund des Abstimmungsergebnisses und in Anbetracht der gleichfalls nur zu Deutschlands Gunsten sprechenden wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse Oberschlesien dem deutschen Vaterlande ganz und ungeteilt zu erhalten.

Eine neue Aktion

des Grafen Oppersdorff-Oberglogau.

Rnigshütte, 23. April. Der „Schwarze Adler“ meldet: Unter Führung des berühmten Grafen Oppersdorff-Oberglogau soll, nachdem in einer Konferenz großpolnischer Vertrauensleute ein entsprechender Beschluß gefaßt worden war, eine geheime Volksabstimmung im Abstimmungsgebiete links der Oder, ebenso der nördlichen Gebiete rechts der Oder stattgefunden haben und z. B. im Kreise Rosenbergs mit Ausnahme von vier Kreisen eine unpolnische Mehrheit ergeben haben. Graf Oppersdorff will, gestützt auf seine neue Organisation und den angeblichen Willen der Bevölkerung, nunmehr bei der Entente eine zweite offizielle Abstimmung in diesem Gebiet durchsetzen. Polnische Blätter, die den Sachverhalt melden, teilen weiter mit, daß das polnische Weiskommisariat dieser Aktion neutral (!) gegenübersteht, und daß die englische und die italienische Kommission in Oppeln es abgelehnt haben, vom dem Ergebnis der geheimen zweiten Abstimmung Kenntnis zu nehmen, während die Franzosen die Aktion des samojen Grafen angehört hätten.

Graf Oppersdorff-Oberglogau scheint trotz schismatischer Erfahrungen seine Bedeutung immer noch zu überschätzen.

Lloyd George für ein deutsches Oberschlesien.

Paris, 24. April. Charles Saglio stellt im „Ouvrier“ fest, daß die Aufgabe Brandaus, die schon durch die Haltung der Vereinigten Staaten sehr schwierig sei, noch viel pünktlicher werde durch den Wunsch Lloyd Georges, die Reparationsfrage mit der obereschlesischen Frage zu verbinden. England wünsche nicht, daß die obereschlesischen Kohlengruben Deutschland weggenommen würden. Lloyd George verheimlicht diesen Wunsch nicht, denn die Entziehung Oberschlesiens vermindere Deutschlands Produktionskraft zum Nachteil der Entente. Überdies seien die Polen nach Lloyd Georges Ansicht unfähig, die Reichthümer dieses Gebietes anzukultivieren; sie hätten es selbst ausgebeutet, daß sie keine Fälschungen beläßen. Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben.

Der bekannte Staats- und Völkerrechtler Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Born beschäftigt sich in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit der obereschlesischen Frage. Geheimrat Born

sagt zunächst: „Die Abstimmung in Oberschlesien ist vollzogen. Auf Grund ihres Ergebnisses hat gemäß § 5 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages der für Oberschlesien eingesetzte Regierungsausschuß die Aufgabe:

1. die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen den Hauptmächten mitzuteilen und

2. mit einem „eingehenden Bericht über die Wahlhandlung“ zugleich einen „Vorschlag über die Linie“ einzubringen, die künftig die Grenze zwischen Deutschland und Polen bilden soll.

Für diese Linie sind dem Ausschuss durch den angeordneten § 5 folgende Gesichtspunkte als Richtschnur vorgeschrieben:

1. die „Willeinstimmung der Einwohner“, 2. die „geographische und wirtschaftliche Lage der Ortsteile“ (französischer Text: „des localités“, englischer Text: „of the localities“, was im deutschen Text richtiger mit „die Ortsteile“ wiedergegeben wäre; nicht die „Ortschaften“, sondern die gesamte örtliche Lage soll berücksichtigt werden).

Dieser Bericht des Ausschusses bildet die Grundlage für die gemäß § 6 von den Hauptmächten — England, Frankreich, Amerika, Italien, Japan — zu treffende Entscheidung; daß auch Amerika sein Recht der Mitentscheidung aus dem Versailler Frieden geltend machen wird, darf nach der Botschaft Harding wohl angenommen werden.“ Nach der Abstimmung einiger allgemeiner Gesichtspunkte faßt Geheimrat Born fort: „Die Abstimmung hat eine starke Mehrheit ergeben für Deutschland. Trotz des polnischen Votums, den die Mehrheit der obereschlesischen Bevölkerung spricht, ist die Gesamt abstimmung zugunsten Deutschlands erfolgt; insbesondere haben sämtliche Städte mit großem Stimmenmehr für Deutschland erklärt. Und daß diese Stimmenmehrheit eine noch viel größere gewesen wäre, wenn die in § 3 Abs. 4 der Anlage zu § 88 des Friedensvertrages gegebene feierliche Zusicherung einer „freien und unbefangenen und geheimen Stimmenabgabe“ eingehalten worden wäre, liegt außer jedem Zweifel, Oberschlesien ist, was es geworden ist, durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur geworden.“ Die ganze ungerechte wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens verbannt das Land seiner Zugehörigkeit mit Deutschland. Oberschlesien ist eine wirtschaftliche Einheit, die nicht zerstückelt werden kann, ohne ihre Lebenskraft unheilbar zu schädigen. Die Oberschlesien für das deutsche Wirtschaftsleben von entscheidender Bedeutung ist, so ist andererseits die durch Jahrhunderte alte historische Verbindung und durch Tausende von wirtschaftlichen Zusammenhängen gegebene Einheit mit Deutschland für Oberschlesien die Voraussetzung seines wirtschaftlichen Wohlbefindens, ja seines ganzen kulturellen und politischen Daseins. Die Auslieferung Oberschlesiens oder auch nur eines erheblichen Teiles seines Industriebezirks an Polen wäre geradezu der wirtschaftliche Tod der obereschlesischen Industrie.

Die Gesamt abstimmung hat in Oberschlesien eine große deutsche Mehrheit ergeben. Mag es auch für die Entscheidung oder kann nach dem Friedensvertrag nur die Gesamt abstimmung sein. Denn im Friedensvertrag ist keine Teilungswahlmöglichkeit vorgesehen; nicht in Zonen, wie in Schleswig, sondern einfach als Gesamt abstimmung ist die Volksentscheidung für Oberschlesien durch den Versailler Vertrag angeordnet. Daß die Abstimmung nach Gemeinden erfolge, ist eine Anordnung für die möglichst rasche und sichere Feststellung des Wahlergebnisses, kann aber eine besondere Bedeutung für die Entscheidung des hohen Rates nicht haben, zumal da die Gemeinden mit deutscher und polnischer Mehrheit derart in der Menge liegen, daß eine Grenzziehung nach Maßgabe der gemeindlichen Einzelergebnisse ganz unmöglich ist. Der Versailler Vertrag fordert Gesamt abstimmung; diese Gesamt abstimmung ist für Deutschland erfolgt, sowohl nach der Stimmenzahl selbst, als nach der Zahl der Gemeinden (664 deutsche gegen 597 polnische). Eine Entscheidung nach Recht und Gerechtigkeit auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages kann demnach nur das altpolnische vererbte Recht Deutschlands auf Oberschlesien anerkennen.

Die Entscheidung des hohen Rates auf Grund dieser Gesamt abstimmung wird ein Faktor von höchster Bedeutung für die Wiederherstellung einer geordneten und geordneten Weltwirtschaft sein. Unser Recht auf Oberschlesien ist durch die Abstimmung unzweifelhaft erwiesen.

Die Entscheidung des hohen Rates auf Grund dieser Gesamt abstimmung wird ein Faktor von höchster Bedeutung für die Wiederherstellung einer geordneten und geordneten Weltwirtschaft sein. Unser Recht auf Oberschlesien ist durch die Abstimmung unzweifelhaft erwiesen.

Totales u. Provinzielles.

Coblenz N.-C., den 26. April 1921.

§ (Das 75-jährige Amtsjubiläum) be-geht heute Herr Lehrer Johannes Nowak von der evangelischen Volksschule hier selbst.

Der Jubilar trat am 26. April 1896 ins Amt und wirkte zunächst im Kreise Krenzbürg in den Ortsteilen Mahldorf, Stalung, Brotschitz, sowie in Subwigshof, Kreis Bielefeld. Im Sommer amtierte er seit dem 11. Januar 1910. Seiner Verschidenheit und seines lebenswichtigen Wesens wegen erweist sich der Jubilar hier großer Beliebtheit und Wertschätzung. Am 1. Mai d. J. kann übrigens Herr Nowak noch ein zweites Jubiläum und zwar das 25-jährige Organisten-Jubiläum begehen.

§ (Von der Eisenbahn.) Es dürfte noch wenig bekannt sein, daß der am 30. morgens von hier abfahrende Personenzug auch Sonntag verkehrt. Der 72. Abzug hat neuerdings auch Aufschluß nach Rattow.

§ (Lehrkursus für Diensthelfer.)

Vom 17. bis 21. Mai d. J. wird wahrscheinlich in Breslau ein Lehrkursus für Diensthelfer stattfinden. Die Teilnahme ist für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene kostenfrei. Den Kriegsschädigten, die sich einen Diensthelfer auslesen, können nach Mitteilung des schlesischen Zentralschulungsausschusses zugewiesen werden. Die Fürsorgestelle für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene in Rybnik ersucht, entsprechende Anträge umgehend einzureichen, damit sie dem schlesischen Zentralschulungsausschuss weitergegeben werden können. Im Bedarfsfalle ist die Hauptfürsorgestelle bereit, auf Veranlassung der Fürsorgestelle Unterhaltungskostenzuschüsse für die Dauer des Kurses zu zahlen.

§ (Das Alkoholverbot aufgehoben.)

Nachdem die Interalliierte Regierung- und Weiskommmission für Oberschlesien am 18. d. M. für den Kreis Rybnik, über welchen der Botschaftsausschuß nicht mehr verhandelt ist, die Artikel 3, 4, 5, 6 und Absatz 2 des Artikels 7 ihrer Verordnung vom 3. März betreffend die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmungperiode außer Kraft gesetzt hat, ist damit auch das Alkoholverbot bedingungslos aufgehoben. Alkohol und Weine können wie früher gehandelt und ausgeführt werden.

* (Der Flugdienst Breslau-Berlin-München - Antwerpen - London) soll,

wenn erst die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens erfolgt ist, in Oberschlesien bis Rybnik ausgedehnt werden. Die Vorbereitungen sind schon im Gange.

§ (Die Inkassoforderung der öffentlichen Wege) bringt der Landrat in einem Aus-schreiben in Erinnerung und weist zugleich die Sachträger und die Gemeindevorstände an, über-tretungen der gedachten Art der aufstehenden Polizeibehörde anzuzeigen.

* (Zur Erhöhung der Eisenbahn-fahrtpreise.)

Ab 1. Juni findet bekanntlich eine Erhöhung der Preise im gesamten Personenverkehr, sowie für Beförderung der Hunde statt. Im Schluß- und Güterverkehr ist die Erhöhung schon am 1. April in Kraft getreten. Die Kosten für den Betrieb unserer baltischen Reichseisenbahnen haben sich so verteuert, daß sich eine Erhöhung der Personalfahrtpreise nicht mehr hinausziehen läßt, soll das D. nicht noch größer werden. Beträgt doch der Aufwand für eine Zonne (200 Zentner) Kohlen für Feuerung der Lokomotiven, von obendrein oft minderwertiger Qualität, jetzt rund 220 Mark, während die Zonne sehr guter Kohle noch im Jahre 1913 nur 1240 Mark ab Grube kostete. — Die Anschaffungskosten für eine neue Schnellzug-Lokomotive schwerer Bauart betragen vor dem Kriege 70. bis 85 000 Mark, während heute eine 24 Räderige Schnellzug-Lokomotive für schnellfahrende Züge der Type P. 8 (Schnellzugsmaschinen baut man jetzt nicht) 1,4 Millionen Mark und die schwersten Dreiflügel-Lokomotiven für Güterzüge 1,5 Millionen Mark, die sich nebenbei bemerkt nicht einmal bewahrt haben, 1,9 Millionen Mark kosten. Von dem jetzt riesigen Aufwand an sonstigen Materialien, Eisen, Öl, Werkzeugen, Schienen und Schwellen ganz zu schweigen. Nicht zu vergessen die enormen Ausgaben für Löhne für die Beamten und Arbeiter.

Der Fahrpreis erhöht sich ab 1. Juni für Personenzüge: 1. Klasse der Kilometer von 54 Pfa. auf 58,5 Pfa., das sind 8 Prozent, 2. Klasse der Kilometer von 23,94 Pfa. auf 25,5 Pfa., das sind 6 Prozent, 3. Klasse der Kilometer von 14,43 Pfa. auf 15,5 Pfa., das sind 8 Prozent, 4. Klasse der Kilometer von 9 Pfa. auf 13 Pfa., das sind 45 Prozent. Hierzu kommt bei Beförderung der Schnellzüge noch ein besonderer tarifmäßiger Aufschlag. Dieser beträgt: 1. (bis 75 Kilometer Entfernung) in der 1. und 2. Klasse 8 Mark, in der 3. Klasse 4 Mark, 2. Zone (von 76 bis 150 Kilometer Entfernung) in der 1. und 2. Klasse 16 Mark, 3. Klasse 8 Mark. 3. Zone (über 150 Kil-

meter Entfernung) in der 1. und 2. Klasse 24 Mark, in der 3. Klasse 12 Mark.

(Ungelegliche Handlungen in Oberschlesien.) Kreisfiskalkontrollor Gausst in Oberschlesien erläßt folgendes Rundschreiben: Einige politische Organisationen haben die Gemeindevorstellungen ein, durch mit einem amtlichen Siegel versehenen Schreiben mitteilen, ob die Bevölkerung der Gemeindevorstellungen der Ungeleglichkeit Oberschlesiens gütlich ist und seiner Umgestaltung in einen selbständigen neutralen Staat zustimmt. Da diese Rundschreiben den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles nicht entsprechen, mache ich darauf aufmerksam, daß sie eine ungelegliche Handlung begreifen, die für Strafmaßnahmen anseht, wenn sie in irgend einer Weise an einer berechtigten Vertretung Anteil nehmen. Ich ersuche die verschiedenen Gemeindevorstellungen zc. von Vorhergehendem in Kenntnis zu setzen.

(Einführung von 500-Mark-Scheinen?) Die Handelskammer zu Dresden hat beim Reichsfinanzministerium in Berlin beantragt, in Zukunft auch 500-Mark-Scheine auszugeben. Begründet wurde der Antrag damit, daß trotz der vermehrten Ausgabe von Reichsbanknoten im Verkehr von 100 Mark noch immer ein Mangel an geeigneten Zahlungsmitteln besteht.

(Mord an einem deutschen Fleischermeister.) Nachdem erst in der Nacht zum Donnerstag auf der Hauptstraße in Wietzowitz vor der Wohnung eines Polizeibeamten eine Handgranate zur Explosion gebracht worden war, die glücklicherweise nur kleinen Schaden angerichtet hatte, verbreitete sich am Donnerstagabend die Kunde von einem Mordanschlag im Orte. Das Opfer der Mordtat ist der deutschstämmige Fleischermeister Stasch, der in letzter Zeit wegen eines unerwarteten Eintrittes für das Deutschstum schon mehrfach Drohbriefe erhalten hatte. Stasch lag am Donnerstagabend bereits zu Bett. Vor 9 Uhr wurde an die Stubentür geklopft. Draußen stand ein ungefähr 25 Jahre alter Mann, der angeblich noch ein Pfund Butter kaufen wollte. Der Meister öffnete die Tür, um sich an und begab sich mit dem Mann in den auf der anderen Seite des Hauses liegenden Laden. Ein zweiter Mann war an der Haustür stehen geblieben. Kaum aber hatte Stasch den Laden betreten, als der ihm nach gefolgte Mann einen Schuß auf ihn abgab, der traf. Auf die Hilferufe der Frau des Fleischermeisters ergüßten die beiden Männer die Flucht. Stasch schloß sich noch bis in den Hausflur, brach dann aber zusammen und war tot. Die Täter sind nicht ermittelt. Gestraft wurde nichts.

(Gattenmord.) Den Ehemann erwürgt hat die verheiratete Lustig in der Niederstadt in Reichsbach (Schlesien). Der Handwerksmann Lustig wurde in der Wohnung tot aufgefunden. Er soll in der Ehezeit die Frau des Mordes schwer mißhandelt haben. Die Ehefrau stellte sich selbst der Polizei.

(Selbstmord wegen Eifersucht.) Aus Friedland im Bezirk Breslau wird ein Selbstmord aus eigenartiger Ursache gemeldet: Dort hat der Schneidermeister Franzel Selbstmord verübt, weil er über die vielen Steuern, die er jetzt auf einmal nachträglich bezahlen sollte, in Verzweiflung geraten war und er sich in einen Erich und ertrank. 3 Vermählungen in Deutschland wird Verfallens für das Mordtodes Selbstmordes haben und Mordtodes mit diesem Mordanschlag Opfer des Mordes empfanden. Vor Monaten war bestimmt gesagt worden, daß die Steuerreform für das abgelaufene Jahr und die nachträgliche Erhebung der Steuer für das erste Quartal 1920 gekündigt werden sollten, weil an eine praktische Einführung der hohen Beträge doch nicht zu denken ist. Inzwischen ist die Einkommensteuer-Novelle veröffentlicht worden und ihre Ausführenden Bestimmungen werden demnächst veröffentlicht, aber von einer Streichung der Rückstände hört man plötzlich kein Wort mehr.

(Raubüberfall im Myslowitzer Postamt.) Aus Myslowitz wird berichtet: Gestern abend 9 Uhr drangen 3 Banditen in den Abfertigungsraum des Postamtes ein. Sie hielten die noch anwesenden Beamten mit Revolvern in Schach und raubten eine Summe von 66300 Mark, die zum Versand bereit lag. Die Banditen entkamen unversehrt. Der Raubüberfall war aussehend wohl vorbereitet. Er wurde ihnen erleichtert, weil nur noch wenige Beamte anwesend waren.

(Veranweisung.) 25. April. Zum Ständesbeamten-Stellvertreter der hiesigen Gemeinde ist der Wirtschaftsprüfer Michael Zucha von hier ernannt.

(Todesurteil.) 25. April. Nach kurzem schweren Leiden verschied unerwartet der Bahnhofsleiter Franz Wilsch in dem hohen Alter von 70 1/2 Jahren. Der Verlebte erfreute sich

einer großen Beliebtheit und die Teilnahme an seinem Hinscheiden ist allgemein.

(Rattowitz, 23. April.) In der Poststraße entlud sich einem hiesigen Kriminalbeamten während eines Gefangenentransports die Schußwaffe. Durch die Kugel ist ein französischer Unteroffizier tödlich getroffen worden. Der Vorfall soll sich, wie die „Ratt. Ztg.“ meldet, im französischen Wachtlokal in der Poststraße abgespielt haben. Die Waffe, die sich plötzlich entlud, gehörte dem in französischen Diensten stehenden Kriminalwachmeister Brühner, der früher polnischer Offizier gewesen ist. Nach einer anderen Mitteilung soll der unglückliche Schuß dadurch herbeigeführt worden sein, daß Brühner im Wachtlokal eine beschlagene Waffe vorführte, die sich plötzlich entlud, wodurch dann das Unheil herabgeschworen worden ist. — Banditen, die eine Hochzeitsfeier in Wilhelmstraße, Kreis Rattowitz, zu stören versuchten, gerieten in einen Kampf mit französischen Wachtposten und mehreren Apothekern. Im Verlauf der Schlägerei und Schlägerei wurden ein Franzose und zwei Wachtmeister schwer verletzt. — Der die Straße Rattowitz-Larnowitz fahrende Personenzug, der am 6.42 Uhr Rattowitz verließ, wurde hinter Gleichen von halbwegsigen Burken beschossen. Ein Kugel ging durch das Fenster eines Wagens zweiter Klasse. Verletzt wurde niemand.

(Myslowitz, 23. April.) Der Arbeiter Dymior in Janow hatte sich eine Lunge gefangen. Am Abend desselben Tages erschien der Unterwachtmeister Sowade in der Stadt Janow und verlangte die Lunge zurück, da sie ihm gehöre. Als Dymior die Lunge nicht zurückzugeben wollte, schloß Sowade aus seinem Revolver und stieß die Dymior sofort durch einen Schuß in den Hals nieder. Im Begriff, die Leiche hinauszutragen, traf er den Arbeiter Josef Wamers. Auch ihn stieß er durch einen Schuß in die Brust nieder. Der Täter ist flüchtig. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

(Achtung! Ehemalige Kriegsgefangene!) In Anbetracht der großen Notlage und Bedürftigkeit ehemaliger Kriegsgefangener hat die Reichsregierung den Landeshilfsämtern ernannt besondere Mittel zur Bewilligung von Beihilfen zur Verfügung gestellt. Diese Geldmittel sollen ausschließlich denjenigen ehemaligen Kriegsgefangenen zu Gute kommen, die es aus irgendwelchen Gründen veräußert haben, den Antrag auf Nachbewilligung der deutschen Rente oder auf Entschädigung für bei der Gefangenschaft abgenommenen Gegenstände und Verarmungen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen zu stellen, und deren Antrag daher wegen Fristverlapse abgelehnt worden ist. Im übrigen sind die bisherigen Voraussetzungen für die Nachbewilligung der Rente gemildert worden, insbesondere die Bestimmungen über die Vorlegung von Schuldscheinen in Fortfall gekommen.

Folgende ehemalige Kriegsgefangene mögen sofort mündlich oder schriftlich bei dem für ihren Entlassungsort zuständigen Hilfsamt nachstehend vorstellig werden:

- 1) alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die vor dem 1. Januar 1920 vom Durchgangslager entlassen sind, aber einen Antrag auf Nachbewilligung oder auf Entschädigung für bei der Gefangennahme abgenommenen Gegenstände oder Verarmungen erst nach dem 31. März 1920 gestellt haben,
- 2) alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die nach dem 1. Januar 1920 vom Durchgangslager entlassen sind und einen derartigen Antrag gestellt haben, aber nicht innerhalb von 3 Monaten nach ihrer Entlassung,
- 3) alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die einen derartigen Antrag überhaupt nicht gestellt haben, weil sie Ablehnung desselben wegen Fristverlapse erwarteten,
- 4) alle ehemaligen Kriegsgefangenen, deren Löshungsbetrag wegen Fehlen des Schuldnachweises nach dem 1. Juni 1920 abgelehnt worden ist.

In dem bei dem Hilfsamt nachstehend einzureichenden Anträge ist anzugeben:

- a. Zeit der Gefangenschaft,
 - b. Wert und Bezeichnung der bei der Gefangennahme abgenommenen Gegenstände,
 - c. Zeitpunkt der Einreichung des Antrages,
 - d. Dienststelle, bei der der Antrag eingereicht worden ist,
 - e. Ob, wann und welchem Hilfsamt die wirtschaftliche Beihilfe beantragt worden ist.
- Anßerdem haben alle Antragsteller, die bereits einen ablehnenden Bescheid auf ihren Löshungs- oder Entschädigungsantrag erhalten haben, diesen Bescheid unbedingt beizubringen. Falls sie dazu nicht mehr in der Lage sind, müssen sie angeben, wann und von welcher Behörde sie den Bescheid erhielten.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt

Die Stadtgemeinde beabsichtigt das Belegmittellager zu räumen und hat abzugeben:

Ca. 18 Zentner Reis, ca. 10 Zentner Erbsen, ca. 250 Stück Maggi-Suppenwürfel, ca. 1000 Stück Bonillowürfel, einige Quartier Dosen geputzte und ungeputzte Vollmilch und einige hundert Dosen Magermilch.

Hochangebote werden bis Sonnabend, den 30. d. Mts. unter Aufsicht — Belegmittel — angeboten — an den unterzeichneten Magistrat schriftlich erheben.

Gegen Abschnitt Nr. 31 der roten Brotzettelkarte gelangt bei allen Mißbrauchten pro Abschnitt 500 g = 1 Pfund Posenner Bismarckbrot zum Preise von 1,35 Mark zum Verkauf. Die Markenabschnitte sind bis Freitag, den 28. d. Mts. bei der Mark-nachhilfe Zimmer 4 abzugeben. Die Ausgabe erfolgt nach Ansehen des M-bles durch die Verteilungsbüro.

Gegen einen Abschnitt der Rote Karte und einen Abschnitt der Rote Karte bis 2 Jahren gelangt bei den Posenner Bismarckbrot und Bismarckbrot pro Abschnitt 1/4 Pfund = 375 g Brot zum Preise von 1,43 Mk. oder pro Pfund = 1,90 Mark zum Verkauf. Die Bismarckabschnitte sind bis Freitag, den 29. d. Mts. bestimmt abzugeben, die Warenabgabe erfolgt am Montag, den 2. Mai. Es wird hierbei aber ausdrücklich bemerkt, daß Nachlieferungen an Nachzügler nicht stattfinden können.

Am Donnerstag und Freitag erfolgt im Zimmer 2 die Ausgabe der Mark-Zusatzmarken an die vorrangsberechtigten Bevölkerung. Die Marken sind beim Empfang nachzuschießen und etwaige Unrichtigkeiten sofort vorzubringen. Nachträgliche Reklamationen bezüglich zuwenig oder nichtig erhaltenen Marken werden nicht berücksichtigt. Die Ausgabe der Marken an Nachzügler erfolgt nur am Montag, den 2. Mai, nach diesem Zeitpunkt findet keine Ausgabe der Marken statt.

Be k a n n t m a c h u n g.

Die Impfung der kleinen Kinder, sowie die Wiederimpfung der Schulkinder findet am Freitag, den 6. Mai cr., nachmittags 3 Uhr

im Saale des Gasthauses Hotel Germania statt.

Zu den Impfterminen müssen bei Vermeldung der Bestätigung vorgelegt werden:

- a) diejenigen kleinen und Schulkinder, welche in diesem Jahre impfpflichtig eingetragen worden sind;
- b) diejenigen kleinen und Schulkinder, die im vergangenen Jahre das erste oder zweite Mal ohne Erfolg geimpft worden sind;
- c) diejenigen kleinen und Schulkinder, welche im vergangenen Jahre impfpflichtig gewesen, aber wegen Krankheit zurückgestellt und aus anderen sonstigen Gründen der Impfung entzogen wurden;
- d) diejenigen kleinen und Schulkinder, welche ausgezogen und noch impfpflichtig sind. Sollte bei solchen Kindern eine erfolgreiche Impfung vorhergegangen sein, so ist der Nachweis hierüber am Impftermin durch Vorlegung eines ärztlichen Attestes zu führen;
- e) diejenigen kleinen und Schulkinder, welche zwar im vergangenen Jahre geimpft worden sind, aber deren Erfolg nichtig am Revisionstermin wegen ihrer Abwesenheit nicht vermerkt werden konnte.

Schließlich dürfen die Eltern auch diejenigen Kinder, welche in diesem Jahre geboren und mindestens zwei Monate alt sind, zur Impfung bringen. Diejenigen Eltern, Pflegeeltern und Verwandte, welche ihr a bis d bezeichneten Kinder persönlich oder anderweitig impfen lassen, haben dies dem öffentlichen Impfarzt oder an dem betreffenden Impftermin anzugeben und demselben den Nachweis der erfolgten Impfung oder des gesetzlichen Verhinderungsgrundes durch Einreichung eines Attestes zu führen. Gegen Zuwiderhandlungen und gegen vortheilhaftige Entziehung ist der öffentliche Impfarzt verpflichtet, Strafverfahren zu stellen und zwar wegen Terminverlapse und wegen Impfungszögerung.

Die Nachschau der geimpften Kinder findet am Donnerstag, den 12. Mai cr., nachmittags 2 1/2 Uhr in dem genannten Saale statt.

Sobrad OG, den 5. April 1921.
Die Polizei-Verwaltung.
Z a u g.

Kinderwagen, Sportwagen

kleinst preiswert ab Fabrik
Engelmann, Sobrad, 2 Min. vom Bahnhof.

Dieser Dank gilt auch den Herren Vertretern des Magistrats, den Herren Stadtverordneten und allen, die im Mitgefühl unseres Schmerzes den Heimgegangenen zur letzten Ruhe geleiteten.

Familie Book

Ausschreibungs-Unternehmen: Henkel & Cie., Düsseldorf